1934 Nr. 14. 15. Mai 1934. Als Manuskript gedruckt.

Ostland-Berichte

Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

Inhalt:

Leitsätze für die polnische Seepolitik.

Die von dem früheren Finanzminister Matuszewski geleitete Zeitschrift „Polityka Narodów" („Politik der Nationen") bringt einen Aufsatz des um die polnische Seepolitik besonders verdienten früheren Handelsministers Kwiatkowski: „Polens Seepolitik", der vielfach Gedanken wiederholt, die Verfasser schon früher, u. a. in einem Vortrag „Polens Rückkehr zur Ostsee" (vergl. „Ostland-Berichte", Jahrg. 4 (1930), Nr. 1, S. 3—7), geäußert hat.

Einleitend kommt der eventuell an anderer Stelle zu erörternde historische Rückblick auf die See- und Hafenpolitik Polens bis zu den Teilungen (S. 251—261) zu folgendem Ergebnis:

„Die Abneigung, für die Zukunft Opfer zu bringen, die völlige Zersplitterung der Verantwortlichkeit für den Staat, die chronische Leere des Staatsschatzes, endlich eine gewisse Unfähigkeit zu schöpferischer Kollektivarbeit — waren . . . der Grund dafür, daß das See- und Pommerellen-Problem nicht positiv und für dauernd gelöst wurde. Parallel zu dem Niedergang der Republik schwand auch die Wirtschaftsexpansion an dieser Küste.

Preußen stellte den Interessen Danzigs die Interessen der reindeutschen . . . Häfen entgegen, der Bau der Eisenbahnen umging zeitweilig den Danziger Hafen, die Frachten wurden bei ausdrücklicher Benachteiligung der Danziger Interessen festgelegt.

Im Laufe der Jahrzehnte . . . wurde dieser polnische Winkel der Ostseeküste westlich der Weichselmündung . . . immer stärker bedeutungsloses Land."

Zu den wirtschaftlichen Aufgaben der Gegenwart übergehend, stellt Verfasser fest: Nach der Wiedererrichtung Polens sei es jedem klar,

„daß wir Polen in relativ kurzer Zeit völlig umbauen müssen. Der heutige Zustand ist in jeder Hinsicht schwierig. Wenn nämlich die Mehrheit unserer Bevölkerung Arbeiten ausführt, die wirtschaftlich geringfügige Resultate liefern, wenn die Daten der Berufsstruktur der Bevölkerung, die Zahlen für den Konsum, Ex- und Import pro Kopf der Bevölkerung uns scharf von den westlichen Nachbarn trennen, Sozialeinkommen und Höhe der Haushaltslast pro Kopf der Bevölkerung unter den Normen kleiner, durch politische Schwierigkeiten nicht belasteter, Staaten bleiben, muß dieser Zustand grundsätzliche Wandlung erfahren, wenn wir nicht erneut unsere Existenz aufs Spiel setzen wollen.

Fügen wir hinzu, daß wir einen hohen Bevölkerungszuwachs und zersplitterten Agrarbesitz haben, daß die Auswanderung unerhört erschwert worden ist, wir aber eine ganze Reihe ungenutzter Rohstoffe besitzen, so ersehen wir, daß nur durch Industrialisierung Polens und große Handelsexpansion wir zu dem erstrebten Ziel — dem Umbau Polens — gelangen . . . Hier stoßen wir aber auf neue große Widerstände.

Die Welt erfährt, und zwar um uns stärker als anderswo, eine radikale Wandlung. Der Osten z. B., früher ein Großabnehmer unserer Industrieprodukte . . ., will selbst Industrieller sein; mit Industrieprodukten können wir also nicht ostwärts gehen. Von Fall zu Fall können größere oder kleinere Transaktionen vorkommen; hier und da liefern wir Schienen, Eisen oder Maschinen, aber in fünf bis sechs Jahren wird der Osten diese Produkte nicht mehr abnehmen. Auch mit Rohstoffen und Agrarprodukten können wir nach Osten nicht gehen, da der Osten sie billiger herstellt, leider . . . auch nicht nach Westen, da der Westen sich gerade die Reagrarisierung zum Ziel gesetzt hat . . . Mit Fertigfabrikaten können wir ebenfalls nicht nach Westen gehen . . .

Betrachten wir die Karte . . . Die Ostgrenze . . . ist und bleibt tot. Der Warenaustausch übersteigt hier einige Prozent des früheren Verkehrs nicht, und zwar unabhängig davon, daß gerade unsere politischen Beziehungen zu den Sowjets freundschaftlich normiert wurden . . . Die Westgrenze und ein bedeutender Teil unserer Nordgrenze stehen . . . unter der Kanonade des Wirtschaftskrieges . . . Die Südgrenze ist . . . für großen Warenverkehr mechanisch ungeeignet. Verbleibt nur die geringe Seegrenze, die gewissermaßen die Umkehrung all der Schwierigkeiten an den Landgrenzen ist. Hier ist der Warenaustausch, der Kontakt mit der Welt unmittelbar . . . Folge dieser Tatsache ist die fast spontane . . ., ungeheure Steigerung des Warenverkehrs über den Danziger und Gdingener Hafen . . .

. . . Mit welcher Bilanz haben wir nach dem Weltkriege unsere Seepolitik begonnen? Wilsons Formel war einfach und recht klar. Daß nämlich Polen — in seiner spezifischen geographischen Lage und seinen ungeheuren wirtschaftlichen Schwierigkeiten — ein wirklich unabhängiger . . . Staat nur sein könne, wenn es einen durch nichts behinderten Zugang zum Meere erhalte. Später aber nahmen die Politiker diese Formel in ihre Werkstatt und arbeiteten sie in praktische Paragraphen um, die die Frage verdunkelten und mit Konfliktstoffen sättigten . . ., vor allem das Verhältnis Danzigs zu Polen.

Hätte diese Frage rein und einseitig unter dem Gesichtspunkt der Nationalität entschieden, der Wille der Bevölkerung beachtet werden sollen, so bin ich der Ansicht, daß Danzig politisch zu Ostpreußen gehören müßte. Hieß aber die Frage, wie das Danziger Problem vom rein wirtschaftlichen Gesichtspunkt, teilweise bei Berücksichtigung der geschichtlichen oder wirtschaftsgeschichtlichen Elemente zu entscheiden sei, so hätte man ehrlich und endgültig sagen müssen: Danzig muß vorbehaltlos integrierender Teil der Republik Polen sein. Die praktische Lösung von Versailles . . . wollte beide Gesichtspunkte befriedigen. Die späteren Konventionen — von Paris und Warschau — komplizierten die Frage noch, da Polen in Spaa gezwungen worden war, gewisse sehr grundsätzliche Konzessionen zu machen.

. . . Um die gesamte polnisch-Danziger Frage objektiv zu beurteilen, muß man auch bedenken, daß Danzig seelisch vor den Scheideweg gestellt wurde. Sein Wirtschaftsinteresse hätte Unterstützung der Interessen Polens verlangt, das politische Interesse aber forderte Konflikte und Widerstand gegen Polen . . . Es beginnt z. B. der deutsch-polnische Zollkrieg. Die deutsche Presse . . . sagt voraus, Polen werde aus dem Zollkrieg völlig zerschmettert hervorgehen. Polen aber will

sich verteidigen und sucht, da die Landgrenzen geschlossen sind, den Ausweg zur See. Polens Lage ist klar, Danzig aber gerät in einen schweren, inneren Konflikt. Natürlich möchte es an dem Kohlenexport usw. verdienen, wenn es aber Polen beim Kohlenexport hilft, lähmt es die deutsche Politik des Zollkrieges. Hätte es Deutschland helfen sollen, muß es sich die Wirtschaftsexpansion vernichten.

Alle diese Momente forderten immer klarer und dringender, daß in Polen die Grundlagen einer eigenen, durch und durch polnischen Seepolitik geschaffen wurden . . .

. . . Analysiert man die Vorkriegsstruktur der polnischen Wirtschaft, so könnte man sagen, daß sie jahrzehntelang automatisch „horizontal", d. h. nach Westen und Osten, eingestellt war . . . Nach dem Kriege begann unter dem Einfluß grundsätzlicher Wandlungen jenseits der Grenzen Polens . . . die Achse der polnischen Politik sich zu drehen . . .; aus der horizontalen wird sie zwangsläufig eine vertikale. Das heißt, während vordem . . . es den Anschein hatte, daß Polen ohne Handelsvertrag mit Deutschland nicht leben könne . . ., daß mit dem Verlust der sogenannten Ostmärkte Polens gesamte Wirtschaft zusammenbräche, wird diese Diskussion jetzt immer weniger aktuell. Dagegen eröffnen sich neue, früher unbekannte Möglichkeiten, nach Norwegen, Schweden oder Frankreich, Belgien, Dänemark, Holland, Spanien usw., d. h. nach Staaten, zu denen die Ware über See gehen muß. Andererseits beginnen auch die südlichen Märkte: die Tschechoslowakei, Österreich, Rumänien, Ungarn, Italien, Südslavien im Leben Polens eine immer wichtigere Rolle zu spielen . . .

Die Anfangsphase der Aktivisierung der polnischen Seepolitik traf aber auf verschiedene Schwierigkeiten, besonders als einzig und allein Danzig die natürliche Grundlage war; ich erinnere an die Frage der Munitionsentladung im Bolschewistenkriege . . . Als später Polen den Danziger Hafen — der gegenüber unserer Wirtschaft eine Monopolstellung einnimmt — ausnutzen wollte und mußte, fielen die Schläge von zwei Seiten. Danzig selbst bekannte sich zu der Losung: „Mögen die Polen zahlen!", wurde eine teure Stadt mit allen nachteiligen Folgen dieser Teuerung. Andererseits . . . begannen die deutschen Eisenbahnen den scharfen Tarifkampf gegen die polnischen Bahnen und Danzig . . ." (Folgen Beispiele für die Höhe der Frachten, Unzulänglichkeit der Lager- und Umschlagseinrichtungen Danzigs u. ä.) „. . . Alle diese Momente . . . veranlaßten uns zum Bau des eigenen Hafens . . ."

Hierzu wird nach kurzen Angaben über die einzelnen Bauabschnitte festgestellt:

„Was bisher vollendet wurde, und wie der Gdingener Hafen arbeitet, ist recht allgemein bekannt. Trotzdem möchte ich ausdrücklich betonen: das Resultat, dessen wir uns alle so gern rühmen, darf niemals — keinen Augenblick lang — das Bild verdunkeln, daß alles nur die Einleitung zur Lösung des Problems, noch nicht die Lösung selbst ist."

Es folgen Umschlagsziffern Danzigs und Gdingens, zu denen Verfasser u. a. bemerkt:

„. . . Im Jahre 1926 existierte in Gdingen noch kein Import, während der Export im Monatsdurchschnitt 34 500 to erreichte. Im gleichen Jahr betrug im Monatsdurchschnitt Danzigs Import 53 400 to, der Export 471 600 to, der Gesamtumschlag 525 000 to im Monatsdurchschnitt. Es ist eine unerhört charakteristische Erscheinung, daß Danzig, solange als Polens Wirtschaftspolitik nicht auf das Seeproblem und Gdingen eingestellt war, kaum die Menge umschlug, die vor dem Kriege sein Anteil war, nämlich 2—2,5 Millionen to. In dem Augenblick, da der Bau Gdingens begonnen wurde, sprang Danzigs Umschlag auf 6 Millionen to jährlich. Es war damals wohl der einzige Hafen Europas, der in drei Schichten arbeitete, d. h.: als unsere Seepolitik eröffnet wurde, begann sie sich auch zugunsten Danzigs auszuwirken. Erst als die Wirtschaftskrise die Zahlen zurückgehen ließ, kommt es dazu, daß auch der Umschlag Danzigs zurückgeht, Gdingen aber weiter wächst, weil es die politischen Hindernisse, derer sich Danzig bedient, nicht aufweist . . ."

Zahlen für Gdingens Rekordleistung in der Zeit vom 23.—29. 10. 1933 zeigen

„eine praktische Umschlagsfähigkeit Gdingens von 8,5 Millionen to im Jahr, d. h. das Vierfache der Umschlagsfähigkeit Danzigs 1913. Lassen wir uns aber durch das Gewicht dieser Zahlen nicht einschläfern! Unter der Herrschaft Stefan Bathorys entwickelte sich Elbing fünf Jahre lang unerhört und wurde ein Großhafen, später aber änderte sich alles mit einem Schlage infolge des Rückzuges Polens von selbständiger Seepolitik.

So gehen heute rund 70 % des polnischen Gesamtexports über See, nur 30 % über die relativ ungeheure Landgrenze. Im Import gehen rund 32 % über See, 68 % über die Landgrenze. Im Import entscheidet die Politik der Importeure, im Export meistens wir selbst, und zwar bewirkt die Entscheidung die Billigkeit des Seeweges, besonders über Gdingen . . ."

In Wiederholung alter, längst widerlegter Vorwürfe erklärt Verfasser weiter:

„Wie anders ging die preußische Regierung gegenüber Danzig vor. Polen hat grundsätzlich identische Entwicklungsbedingungen für Danzig und Gdingen festgelegt, da die beiden Häfen . . . Werkzeug der polnischen Wirtschaftsentwicklung sein sollen. Sämtliche Frachten wurden für Danzig und Gdingen identisch berechnet, sämtliche grundsätzlichen Privilegien, die wir Gdingen gewährten, galten auch in Danzig . . ."

Einige Zahlen über den Umschlag Danzigs und Stettins vor und nach dem Kriege (1883, 1903, 1913, 1926, 1931) sollen zeigen:

„Das Hauptproblem spielt sich hier auf Kosten der polnischen Güter ab. Wer Rohstoffe und billige Lebensmittel . . . exportiert, muß technisch ideal und billig ausgestattete Häfen besitzen. Diese Aufgabe muß Gdingen erfüllen, das muß Antrieb für Danzig sein. Es gäbe also keinen größeren Fehler als den — ein Kartell Gdingen/Danzig zu schaffen."

Denn z. B. ein Vergleich der Zahl der Kräne in Danzig 1912 und 1933 lehre:

„Danzigs Umschlagsfähigkeit wurde unter dem Einfluß der Konkurrenz Gdingens zehnfach ausgebaut, und daher ist diese gesunde Erscheinung nicht zu behindern."

Verfasser erwähnt anschließend „im Telegrammstil" noch die künftigen Aufgaben der polnischen Seepolitik, nämlich: die Fertigstellung der „Kohlenmagistrale", den Bau des Freihafens in Gdingen, die Notwendigkeit, Gdingens Finanzkraft zu stärken, und endlich die Aufrechterhaltung der 1932 eingeführten Seepräferenz-Zölle.

„Wir werden Angriffe auf diesen Zoll erfahren, daher ist die Erhaltung dieses Grundsatzes, mindestens für die Zeit der Entwicklung des Gdingener Hafens, auch weiterhin ein wichtiges Problem.

Das wichtigste aber ist, daß wir in der Seepolitik nicht den Fehler begehen dürfen, der in unserm Nationalcharakter liegt. Wir sind von Natur sehr ungeduldig und empfindlich. Wird z. B. in einer großen Frage ein kleiner Fehler gemacht, so sind wir schon bereit, die Lust zu verlieren und von der ganzen Frage zurückzutreten. In der Seepolitik, wo eine große Tätigkeit entfaltet wird, muß eine gewisse Zahl von Fehlern entstehen, es gibt kein Volk . . ., das Fehler absolut vermieden hätte. Der Fehler muß schnell erkannt und behoben werden, darf aber nicht Veranlassung zur Unlust werden."

Nach Hinweisen auf den notwendigen Ausbau der polnischen Handelsflotte, insbesondere der regulären Linien von und nach Gdingen, schließt Verfasser seine Betrachtungen wie folgt: Nach den Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit stände Polen gegenwärtig

„erneut vor der Frage, die unerhörte Bedeutung für Polens Zukunft besitzt. Ich persönlich bin von dem Glauben beseelt, daß die große kulturelle und wirtschaftliche Tat, die aus dem Willen des ganzen Volkes erwachsen und organisch mit der polnischen Bevölkerung Pommerellens verbunden ist, nicht minder stark als Geschütze und Blut unser Verteidiger und

Mitkämpfer sein wird. Daher darf man weder heute noch künftig die schöpferische Arbeit an der Ostseeküste im Stich lassen. . . . Gdingen ist nicht nur ein in Wüste und Sand erwachsener, neuer und moderner Hafen, nicht nur eine junge und schöne Stadt, nicht nur Schiffe unter polnischer Flagge; es ist das Symbol der Arbeit des neuen Polen, das Schritt für Schritt den Wall der es umgebenden Schwierigkeiten zerbricht."

[„Polityka Narodów" 1934, Nr. 4 (April), S. 251—271.]

Ein „Fünfjahresplan" für den Umbau der landwirtschaftlichen Struktur Polens.

Vor kurzem hat das Wirtschaftskomitee des polnischen Ministerrats einen Antrag des Landwirtschafts- und Agrarreform-Ministeriums betr. einen „Fünfjahresplan" für die Arbeiten zum Umbau der landwirtschaftlichen Struktur Polens gebilligt. Nunmehr verbreitet die Regierungspresse („Gazeta Polska" Nr. 108, 20. 4. 1934; „Ilustrowany Kuryer Codzienny" Nr. 110, 22. 4. 1934) den Inhalt einer Unterredung, die im Zusammenhang mit diesem Beschluß des Ministerrates der Landwirtschaftsminister Dr. Nakoniecznikoff-Klukowski einem Vertreter der polnischen Telegraphenagentur (PAT) gewährt hat. Danach hat der Minister u. a. auf die Frage, ob in letzter Zeit ein Stillstand in den Arbeiten zur Zusammenlegung bzw. Parzellierung landwirtschaftlicher Betriebe eingetreten sei, erklärt:

Das sei nicht der Fall; in der Zeit der Wirtschaftskrise sei entsprechend der allgemeinen Wirtschaftsschwächung lediglich das Tempo dieser Arbeit verlangsamt worden: 1930 seien noch 509 000 ha, im Jahre 1933 nur 402 000 ha zusammengelegt worden.

Obwohl dieselben finanziellen Gründe auch die Durchführung der Parzellierungsaktion gehindert hätten, seien trotzdem im Jahre 1933 mit 83 000 ha sogar mehrere Tausend ha mehr als im Vorjahr parzelliert worden.

Nach Hinweis darauf, daß die Reorganisation des Finanzierungsapparats dieser Arbeiten (Übertragung der Finanzierung auf den 1932 neugebildeten „Umsatzfonds der Agrarreform") besonders hindernd gewirkt habe, führt der Landwirtschaftsminister über die finanziellen Möglichkeiten aus:

In der Zeit der Krise hat die Regierung den Landwirten (besonders den kleineren unter ihnen) für die an den Umsatzfonds zu leistenden Zahlungen notgedrungen besondere Erleichterungen gewähren müssen, wodurch die Mittel des Fonds erheblich beschränkt worden sind. Nach Durchführung aller möglichen Einsparungen ist die Höhe der verfügbaren Mittel genau festgelegt und danach das jetzt gebilligte Programm aufgestellt worden.

„Wie jedes Programm, mußte auch der Plan im Bereich der Agrararbeiten sich auf den realen Möglichkeiten aufbauen. Eine genaue Analyse . . . des Umsatzfonds der Agrarreform gewährte mir in Verbindung mit der gleichzeitigen Realisierung seiner Eingänge durch weitgehende Zahlungserleichterungen . . . die Möglichkeit, die Grenzen für die zur Durchführung der Aktion benötigten Mittel genau festzulegen. Die Ausgaben werden für das nächste Jahrfünft auf 181 Millionen Złoty veranschlagt, wovon der Umsatzfonds der Agrarreform 176 Millionen Złoty . . . = 97 % deckt."

Bei den mit diesen Mitteln durchzuführenden Arbeiten sind besonders wichtig

„die Parzellierungs-, Zusammenlegungs- und Meliorierungsaktion. Und zwar fordert bei der heutigen Wirtschaftskonjunktur wohl die schnellsten und energischsten Maßnahmen das Problem der Parzellierung, das einerseits mit dem hohen natürlichen Zuwachs unserer Landbevölkerung in Verbindung steht, andererseits aber mit der Notwendigkeit, eine bedeutende Anzahl größerer landwirtschaftlicher Betriebe durch Parzellierung . . . zu liquidieren. Man muß nämlich bedenken, daß angesichts der Unmöglichkeit, den Überschuß unserer ländlichen Bevölkerung den Industriezentren zuzuleiten oder als Auswanderung in das Ausland abzuschieben . . ., die Beseitigung der dadurch entstandenen sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nur durch Organisierung planmäßiger Innenkolonisation geschehen kann. Diese innere Kolonisation . . . muß vor allem dahin streben, diese Bevölkerung aus den übervölkerten Gebieten auszusiedeln, ferner die Zwergwirtschaften zu vergrößern und gleichzeitig zusammenzulegen.

Wenn man dieses Ziel anstrebt, muß man in erster Linie daran denken, den entsprechenden Bodenvorrat für die Parzellierung zu schaffen, da der Bodenvorrat, der für den Staat besonders geeignet wäre, d. h. nicht große Geldmittel fordern würde, nicht sehr groß ist. Abgesehen von den Besitzungen, die dem Staat oder der Staatlichen Landwirtschaftsbank gehören, wird also ein entsprechender Bodenvorrat erworben werden müssen — durch zwangsweisen Ankauf auf Grund der Vorschriften betr. die Durchführung der Agrarreform oder durch Übernahme von Bodenstücken durch den Staat für gewisse Zahlungsverpflichtungen bzw. Erwerb von Grundstücken durch Institute des langfristigen Kredits im Wege der Zwangsvollstreckung.

Auf diese Weise lassen sich im Laufe des nächsten Jahrfünfts über 225 000 ha erwerben . . ., von denen rund 40 % auf die westlichen Wojewodschaften entfallen, der Rest auf die zentralen, östlichen und südlichen Wojewodschaften. Aber neben der rein staatlichen Parzellierung werden wir auch die Entfaltung der privaten Parzellierung anstreben, wobei gleichzeitig von den Behörden ein entsprechender Einfluß darauf ausgeübt werden wird, daß diese Parzellierung rationell und in der für die Interesssen des Staates erwünschten Richtung erfolge.

Bei vorsichtiger Rechnung kann man annehmen, daß auf diese letzte Weise mindestens 400 000 ha parzelliert werden können[1]). Auf diese Weise werden im Laufe des nächsten Jahrfünfts Parzellierungsarbeiten auf einer Fläche von 625 000 ha durchgeführt werden, d. h. der Plan wird die Parzellierung von durchschnittlich 125 000 ha im Jahr vorsehen."

Anschließend äußert sich der Landwirtschaftsminister noch kurz über die Frage der Zusammenlegung bäuerlicher Güter, die besonders wichtig sei, weil die schachbrettförmige Verteilung der kleinen und kleinsten Besitzungen seit langem große Schäden verursacht habe. Die Aktion soll verstärkt werden, und zwar sollen im laufenden Jahre 410 000 ha, in den nächsten Jahren je 500 000 ha, in dem Zeitraum von 1934—1938 insgesamt 400 000 Wirtschaften mit 2,3 Millionen ha Fläche zusammengelegt werden.

Endlich wird für die Meliorierungsarbeiten noch mitgeteilt, daß auch hier trotz der beschränkten Regierungsmittel und der geringen Leistungen, die die Interessenten hierfür aufbringen können, eine Steigerung der Arbeiten — und zwar mit Mitteln des staatlichen „Arbeitsfonds" — vorgesehen ist. Gegenüber den 1933 verausgabten 4,5 Millionen Zloty sollen im laufenden Haushaltsjahr 6 Millionen Zloty verwandt werden, bei allmählicher Steigerung im 4. und 5. Jahre des Planes nicht weniger als 20 Millionen Zloty jährlich (!?).

Bemerkt sei zu diesen Mitteilungen nur, daß es sich also entgegen den irreführenden Meldungen der polnischen Regierungspresse nicht um einen organischen Plan mit genau umrissenem Ziel handelt, sondern einfach um einen ungefähren Voranschlag, der nur für das laufende Haushaltsjahr 1934—1935 genauer umrissen ist, und dessen wichtigste — wenn nicht gar einzige — Folge eine verstärkte Agrarreform in den ehemals deutschen Gebieten sein dürfte.

Die polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen.

Anläßlich des Besuchs des französischen Außenministers Barthou in Warschau führte das maßgebende Organ der polnischen Regierungspresse („Gazeta Polska") über die polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen ungefähr folgendes aus:

„. . . man muß sich darüber klar sein, daß die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Polen und Frankreich seit einiger

[1]) Verschiedentlich bezweifelt, vergl. „Kattowitzer Zeitung" Nr. 93, 23. 4. 1934.

Zeit nicht zufriedenstellend sind. Das kürzlich ausgegebene Kommuniqué über die Rückkehr der polnischen Delegation . . . aus Paris hat die Schwierigkeiten, die bei diesen Verhandlungen entstanden sind, nicht verhehlt und mehr oder minder objektive Kommentare hervorgerufen[1]). Gefühlsmäßige Reaktionen . . . aber können hier keinesfalls genügen, solche Einstellung zu Wirtschaftsfragen ist nicht nur unangebracht, sondern vor allem auch zwecklos. Man sollte besser vorurteilslos sich darüber klar werden, worauf die Schwierigkeiten in den polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen beruhen, und weshalb diese Beziehungen ganz entgegen den voll übereinstimmenden politischen Zielen beider Länder zweifellos bedeutende Unstimmigkeiten aufweisen.

. . . Die wichtigste und grundsätzliche Schwierigkeit der polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen liegt zweifellos darin, daß die Zahlungsbilanz zwischen Polen und Frankreich seit längerem einen deutlichen Passivsaldo zu unseren Ungunsten aufweist. Über die Bedeutung dieser Frage muß man sich völlig klar sein. In der Zeit der Hochkonjunktur hatte Polen zweifellos gegenüber Frankreich stets eine passive Zahlungsbilanz . . . In dieser Zahlungsbilanz mußten fast sämtliche Positionen passiv sein, also die Handelsbilanz . . ., die Bilanzen der Dienstleistungen, Seetransporte, des Fremdenverkehrs usw.; endlich auch die Bilanz der Zinsen und Dividenden, die für Polen, das bedeutende Summen ausländischen Kapitals braucht, stets passiv sein muß. Nichtsdestoweniger hatte diese passive Bilanz für Polen keine besonders ungünstige Bedeutung, weil . . . der Kapitalverkehr das Defizit der Zahlungsbilanz in hohem Maße ausglich. Es genügt z. B. festzustellen, daß noch 1929 der Saldo der Kapitalsumsätze zwischen Polen und Frankreich für Polen günstig war, dadurch verminderte sich die Passivität der übrigen Positionen der Zahlungsbilanz (von denen eigentlich nur eine — die der Geldsendungen unserer Auswanderer — natürlicherweise einen Aktivsaldo aufwies und bisher aufweist). Der wichtigste Grund dafür aber, daß diese oder jene Gestaltung unserer Zahlungsbilanz mit Frankreich für uns damals ziemlich gleichgültig war, war die Tatsache normaler Zustände auf dem Gebiet des Kapitalverkehrs und relativ erträglicher Verhältnisse im Güter- und Menschenverkehr auf der ganzen Erde. Kurz: selbst wenn in diesem oder jenem Jahre unsere Zahlungsbilanz mit Frankreich einen Passivsaldo aufwies, konnte man ihn mit Leichtigkeit auf anderen Abschnitten unserer gesamten Zahlungsbilanz decken . . .

Ganz anders . . . in der Zeit der heutigen Krise. Polen erfüllt weiterhin seine Finanzverpflichtungen gegenüber Frankreich — . . . sowohl bei dem Dienst staatlicher und kommunaler Anleihen . . . als bei . . . den Zinsen und Dividenden, die von französischen Gesellschaften in Polen ohne Beschränkung durch Devisenvorschriften nach Frankreich gezahlt werden. Somit könnte die Zahlungsbilanz zwischen Polen und Frankreich nur dann ausgeglichen sein, wenn im Warenverkehr zwischen beiden Ländern ein Saldo zu unseren Gunsten bestünde. Es ist uns wohl bekannt, daß . . . unsere Handelsbilanz mit Frankreich stets passiv ist. Auf diese Weise ist die Passivität der Zahlungsbilanz so hoch, daß sie nicht mehr in bedeutenderem Maße durch Geldsendungen der Auswanderer gedeckt werden kann, und bekanntlich verringern sich diese ständig infolge der Steigerung der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Schwierigkeiten in Frankreich.

Schlimmer aber ist, daß . . . der Kapitalverkehr zwischen beiden Ländern in der Zeit der Krise umgekehrte Richtung . . . eingeschlagen hat. In den letzten Jahren wurden französische Kapitalien hauptsächlich aus Polen zurückgezogen, kamen nur in sehr geringem Umfange neu nach Polen[2]). Auf diese Weise zeigten und zeigen schon sämtliche Positionen der Zahlungsbilanz (abgesehen von der relativ geringen Position der Geldsendungen unserer Auswanderer) ein Passivum für Polen. Dazu aber hat sich die allgemeine Weltlage so geändert, daß die Möglichkeit, anderswo die nötigen Beträge zur Deckung des Passivsaldos gegenüber Frankreich zu erlangen, immer geringer wird. Im Endergebnis muß es in den polnisch-französischen Beziehungen zu der — gegenwärtig leider in den Weltwirtschaftsbeziehungen herrschenden — Tendenz kommen, zur Ausgleichung der beiderseitigen Zahlungsbilanz zwischen den beiden Ländern.

Deren normale Posten müßten dabei unverändert bleiben. Zinsen werden gezahlt werden, Dividenden weiter hinausgehen, französische Touristen werden sicherlich nicht Gelder in größeren Mengen nach Polen bringen, kurz: auf diesen Abschnitten muß man damit rechnen, daß ungefähr der status quo eingehalten werden wird. Es bleiben zwei Positionen, bei denen eine Änderung eintreten kann: der Zustrom neuer Kapitalien aus Frankreich nach Polen oder ein Überschuß aus der Handelsbilanz zugunsten Polens . . .

Es ist schwer zu sagen, ob und wie weit der erste Weg unter den heutigen Bedingungen des französischen Finanzmarktes möglich ist. Andernfalls muß beim Warenverkehr irgendeine konkrete Lösung gefunden werden, die die heutige, völlig paradoxe Lage lösen könnte. Im Laufe der Verhandlungen vieler Monate . . . ist leider eine solche Lösung nicht gefunden worden . . . Es ist aber unvorstellbar, daß — selbst bei objektiv größten Schwierigkeiten — im Warenverkehr Frankreichs nicht Platz sein sollte für eine Steigerung der Einfuhr aus Polen, die zuletzt rund 150 Millionen Złoty jährlich betrug. Trotz aller Schwierigkeiten ist dieser Abschnitt der gegenseitigen Beziehungen noch am leichtesten zu erledigen. Hier ist nur etwas guter Wille nötig, vor allem aber beiderseitiges Verständnis für die Bedeutung dieser Frage. Denn der heutige Zustand kann länger nicht erhalten bleiben.

Wir sind uns dessen bewußt, daß Frankreich bei dem . . . Export derjenigen Produkte, die es selbst erzeugt, bedeutende Schwierigkeiten hat, sind aber der Ansicht, daß diese nicht unüberwindlich sind. Dazu ist aber überhaupt der bisherige Anteil Polens an der Einfuhr Frankreichs so gering, daß selbst eine bedeutende Steigerung . . . fast kaum eine Rolle spielen würde. Es handelt sich nur darum, daß man in Frankreich einsieht: eine Änderung der Bedingungen im polnisch-französischen Warenverkehr zugunsten Polens ist nicht die Folge irgendwelcher unberechtigten Ansprüche Polens, sondern ergibt sich organisch aus der Gesamtheit der Wirtschaftsbeziehungen beider Länder und muß somit trotz aller Schwierigkeiten erfolgen."
(„Gazeta Polska" Nr. 110, 22. 4. 1934.)

Die „Codzienna Gazeta Handlowa" nimmt an, daß

„. . . wenn die beiden befreundeten Staaten auf der Grundlage des politischen Bündnisses zur Übereinstimmung ihrer Ansichten gelangt sind, sie auch auf wirtschaftlichem Gebiet entsprechende Formen der Verständigung finden werden."

Die sehr allgemein gehaltenen Erklärungen des französischen Außenministers über die polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen werden wie folgt kommentiert:

---

[1]) U. a. erklärte der regierungsfreundliche „Kurjer Poranny": „. . . die neunmonatlichen Verhandlungen mit Frankreich . . . haben ein negatives Ergebnis gezeitigt . . . Das Ergebnis der Unterbrechung der Handelsbesprechungen ist ganz unerwartet und paradox . . ."
Es sei aber anzunehmen, „daß die realen Ergebnisse der gegenseitigen starken Beschränkungen der Handelsumsätze . . . für den französischen Kontrahenten eine vortreffliche Lektion . . . sein wird. Der polnische Export hat bereits mehrfach Spannkraft und Geschick, verlorene Absatzmärkte durch neue zu ersetzen, bewiesen. Man muß also die Hoffnung hegen, daß auch nach dem Verlust von Exportmöglichkeiten nach Frankreich er dieselben wertvollen Fähigkeiten beweisen wird." („Kurjer Poranny" 20. 4. 1934.)

[2]) Vergl. 1933, Nr. 6, S. 27*; 1934, Nr. 9, S. 40*.

„Obwohl sie kein volles konkretes und positives Material in wirtschaftlicher Beziehung bieten, schaffen sie doch eine Atmosphäre freundschaftlicher Verständigung, und die polnisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen werden aus der Sphäre der Gefühle und Stimmungen auf die Basis positiver Lösungen der grundsätzlichen Fragen des polnisch-französischen Bündnisses treten." („Codzienna Gazeta Handlowa" Nr. 96, 27. 4. 1934.)

In Vorwegnahme solcher Hoffnungen wußte eine andere Zeitung, die sich stets durch betont frankreichfreundliche Haltung auszeichnet, bereits zu melden, daß als Ergebnis des Besuches die Verhandlungen schon in den nächsten Wochen in Warschau wieder aufgenommen werden sollen (was von beiden Seiten dementiert worden ist!), und zwar dürfte

„in der gegenwärtigen Lage . . . der Abschluß des Handelsvertrages höchstwahrscheinlich keine bedeutenderen Schwierigkeiten mehr antreffen.

Die Verhandlungsgrundlagen . . . sollen derart erweitert werden, daß Polen im gegenseitigen Warenverkehr die Erlangung eines jährlichen Überschusses von 200 Millionen Frs. . . . zur Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen ermöglicht werde.

Zu betonen ist, daß . . . in den ersten beiden Monaten dieses Jahres der Wert des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern ungefähr auf dem Niveau von 35 Millionen Złoty ausgeglichen war, was eigentlich ein Verschwinden der Handelsbeziehungen bedeutet.

Die französische Delegation soll auch die Probleme erörtern, die mit der Anlage französischer Kapitalien in der polnischen Wirtschaft[3]), sowie . . . den Streitigkeiten . . . über die unzulässige Wirtschaft des französischen Kapitals zusammenhängen." („Polonia" Nr. 3426, 27. 4. 1934.)

Gegenüber solchen optimistischen Äußerungen bewertet das Organ des „Zentralverbandes der polnischen Industrie" das Ergebnis des französischen Besuches folgendermaßen:

„Durch das Kontingentabkommen vom März wurde . . . eine solche Lage geschaffen, daß man schwerlich erwarten kann, daß in diesem Jahre, falls sich nichts ändert, der gegenseitige Umsatz auf jeder Seite den Wert von 35—40 Millionen Złoty übersteigen werde. Das bedeutet gegenüber 1931 eine Senkung um 60—70 %, gegenüber 1933 noch eine Minderung um 33 %.

Unter diesen Bedingungen könnte der Besuch Barthous eine bedeutende Besserung der Lage ankünden . . . Leider . . . sind die Pariser Wirtschaftsressorts einer solchen Besserung nicht allzu günstig gesonnen, da sie das „Geschäft mit Polen" offensichtlich nur auf Grund der dürren statistischen Daten der gegenseitigen Umsätze berechnen. Maßgebend ist für sie offensichtlich nur Polens Anteil an der Gesamtausfuhr Frankreichs, der natürlich gering (rund 1 %) sein muß. Das legt schon das gesamte Verhalten der Wirtschaftsfaktoren Frankreichs zu dem Problem der Handelsbeziehungen mit Polen fest.

Für uns sieht aber diese Frage etwas anders aus. Und zwar nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Handelsumsätze allein, sondern auf der Basis der gesamten Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der beiden Länder. Tatsache ist, daß wir stets eine passive Handelsbilanz mit Frankreich besaßen und ipso facto das Defizit durch aktive Zahlungssalden auf anderen Abschnitten decken mußten. Diese — für die Zeit vor der Krise normale — Deckung durch „dreieckigen Austausch" wird immer schwieriger . . ., und es scheint uns, daß man die Frage des polnisch-französischen Austausches möglichst schnell auf die angemessene Ebene der Zahlungsbilanz zwischen den beiden Ländern stellen müßte.

Die gegenwärtige Lage garantiert uns als Plus nur die relative Erhaltung unserer Kohlen- und Holzausfuhr nach Frankreich. Das ist vielleicht viel, aber sicher zu wenig, um auf die Dauer einen Zustand aufrecht zu erhalten, in dem wir jährlich rund 50 Millionen Złoty für Zinsen, Dividenden, zurückgezogene Kapitalien zahlen, gleichzeitig aber einen ausgeglichenen Handelsumsatz in einer — gegenüber dieser Summe um ein Drittel geringeren — Höhe besitzen. Unter diesen Bedingungen müssen sogar bedeutende Augenblicksinteressen beteiligter Wirtschaftszweige vor den Gesamtinteressen der Wirtschaft zurücktreten.

Ob unter solchen Bedingungen die Aufrechterhaltung des Handelsvertrages vom 9. Dezember 1924 geboten ist, haben wir nicht zu entscheiden. Wir können uns aber nicht des Eindrucks erwehren, daß es vielleicht besser wäre, in den polnisch-französischen Vertragsbeziehungen „tabula rasa" zu schaffen, um so leichter zu einer endgültigen und billigen Verständigung zu gelangen . . ."

[„Przegląd Gospodarczy" Nr. 9 (1. 5. 1934), S. 331—332.]

Der Besuch der deutschen Landwirtschaftsabordnung in Polen.

Im Zusammenhang mit dem kürzlichen Aufenthalt der Vertreter der deutschen Landwirtschaft in Polen hat der Präsident des Verbandes der polnischen Landwirtschaftskammern, Fudakowski, der gegenwärtig die polnische Landwirtschaftsdelegation in Berlin führt, über die Ergebnisse der in Warschau geführten Besprechungen u. a. mitgeteilt:

Die deutsche Abordnung hat die polnischen Vertreter mit den Grundsätzen der deutschen Agrarpolitik und u. a. auch mit den Verordnungen der deutschen Regierung auf dem Gebiet der Preis- und Marktregulierung bekannt gemacht. Polnischerseits ist die Bedeutung der landwirtschaftlichen Ausfuhr für die Landwirtschaft selbst sowie für die Gesamtwirtschaft klargelegt und dabei hervorgehoben worden, daß eine Steigerung des Warenaustausches mit den Nachbarstaaten von der Einstellung dieser Staaten gegenüber der Einfuhr polnischer Agrarprodukte abhängig ist.

„Es wurde festgestellt, daß die in beiden Staaten im Kampf mit der Agrarkrise angewandten Mittel, besonders aber die deutsche Gesetzgebung betr. die Marktregulierung für landwirtschaftliche Erzeugnisse, ebenso wie die polnischen Vorschriften über die Organisationen für die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse den polnisch-deutschen Warenaustausch erleichtern könnten. Ferner wurde festgestellt, daß eine Steigerung des Warenaustausches zwischen den beiden Ländern in ihrem gegenseitigen Interesse läge. Diese Frage wird . . . bei dem polnischen Gegenbesuch in Berlin am 14.—16. Mai eingehender erörtert werden.

. . . Nach Berlin werden wir schon mit konkreten Vorschlägen darüber, welche Agrarprodukte wir nach Deutschland (und zu welchen Bedingungen?) ausführen können, fahren."

Die Bedeutung der bisherigen Gespräche sieht Präsident Fudakowski in folgendem:

„Der Agrarexport besitzt nach wie vor beherrschende Bedeutung für die Gestaltung der Bareinkünfte der Landwirtschaft sowie der Preise der Agrarprodukte am Binnenmarkt. Unter den gegenwärtigen Bedingungen . . . besitzt . . . die Ausnutzung jeder Möglichkeit, die zur Steigerung der Agrarausfuhr und zur Beseitigung der den Binnenmarkt belastenden Überschüsse der Agrarproduktion beitragen könnte, für die Interessen der polnischen Landwirtschaft unerhört wichtige und grundlegende Bedeutung.

Sollten daher die deutsch-polnischen Landwirtschaftsbesprechungen dazu führen, daß Möglichkeiten für eine Steigerung der polnischen Agrarausfuhr nach Deutschland ermittelt würden, so würden wir — ohne die Frage zu entscheiden, in welcher Form es zu einer solchen Exportsteigerung kommen würde — dieses Ergebnis als einen großen Erfolg unsererseits

[3]) Diese Quelle wußte auch zu melden, daß gegenwärtig französische Kapitalkreise besonderes Interesse an der Berg- und Hüttenindustrie Ostoberschlesiens zeigten, ferner sich ein französisches Bankenkonsortium um die Übernahme des polnischen Zündholzmonopols (durch Eintritt in die Rechte der schwedischen Gläubiger) bemühe. „Polonia" Nr. 3428, 29. 4. 1934.

ansehen . . . Selbstverständlich wird die Entscheidung über die Ausnutzung der von uns vorbereiteten Möglichkeiten und über die Gewährung von Gegenwerten an Deutschland für die uns beim Agrarexport eingeräumten Vorteile der Regierung gebühren."

[„Gazeta Polska" Nr. 123, 5. 5. 1934; „Kurjer Poranny" 5. 5. 1934.]

Die Rentabilität des polnischen Kohlenbergbaues in den Jahren 1928–1933.

Ein kürzlich in den Arbeiten des staatlichen Konjunkturforschungsinstitutes („Prace Instytutu Badania Konjunktur Gospodarczych i Cen", Band II, Heft 4) veröffentlichter Aufsatz von L. Landau über die Entwicklung der Preise und Produktionskosten des polnischen Kohlenbergbaues in den Jahren 1928—1933 war zu dem Schluß gekommen, daß

„die Rentabilität der Produktion in diesem Wirtschaftszweige unter den gegenwärtigen Bedingungen verhältnismäßig hoch ist."

Gegen diese Behauptung wendet sich jetzt eine in der Zeitschrift des „Zentralverbandes der polnischen Industrie" erschienene Untersuchung, die den von Landau ausschließlich benutzten Relativzahlen die tatsächlichen Verkaufserlöse und Produktionskosten (errechnet unter Benutzung der von Landau angegebenen Relativzahlen!) entgegenstellt. Es ergeben sich hier die folgenden interessanten Tabellen:

Jahr	Durchschnittspreis (nach Landau)	Absatz (1000 to)	Verkaufserlös (Mill. Zl.)
Inlandsabsatz (ohne Eigenverbrauch und Deputatkohle)			
1928	18,0	23 561	459,5
1929	20,4	27 123	601,2
1930	20,8	20 292	463,8
1931	20,8	19 042	434,0
1932	19,2	15 192	320,1
1933 (I—VI)	17,8	6 709	131,2
1933 (VII—X)	16,9	5 313	97,0
Absatz auf Konventionsmärkten			
1928	23,7	5 258	124,6
1929	26,1	5 641	147,2
1930	24,2	3 695	89,4
1931	25,8	3 346	86,3
1932	24,8	2 124	52,7
1933 (I—VI)	20,0	615	12,3
1933 (VII—X)	21,3	710	15,1
Absatz auf freien Märkten			
1928	14,6	8 149	119,0
1929	12,5	8 730	109,1
1930	13,3	9 116	121,2
1931	10,7	10 981	117,5
1932	7,7	8 238	63,4
1933 (I—VI)	8,0	3 510	28,1
1933 (VII—X)	7,9	2 830	22,4

Der Gesamterlös habe sich also in den Jahren 1928 bis 1933 wie folgt gestaltet:

	Absatz	Erlös
1928	36 968 000 to	703,1 Mill. Zl.
1929	41 494 000 „	857,5 „ „
1930	33 103 000 „	674,4 „ „
1931	33 369 000 „	637,8 „ „
1932	25 554 000 „	436,2 „ „
1933 (I—VI)	10 834 000 „	171,6 „ „
1933 (VII—X)	8 853 000 „	134,5 „ „

Für die Kosten folgen jetzt gesonderte Tabellen über die Gestaltung der Löhne (ausgezahlte Löhne + Sozialbeiträge + Deputatkohle), Verwaltungskosten und der Kosten für Kohle- und Holzverbrauch, die nach Landau zusammen 68,8 % der Betriebskosten darstellen. Für diese Untersuchung wird nach Abzug des eigenen Kohleverbrauchs ihre Höhe auf 67,7 % angesetzt, sodaß zur Berechnung der Gesamtkosten 49,9 % der bisherigen Kosten (49,9 % von 67,7 % = 33,3 % der Gesamtkosten) hinzuzusetzen seien. Es ergäben sich also als

Produktionskosten (in Mill. Zl.)

	Arbeitslöhne (ohne Deputatkohle)	Verwaltungskosten und Holz	Restliche Kosten	Gesamtkosten
1928	301,0	108,0	204,3	613,3
1929	380,1	126,2	253,5	759,8
1930	332,5	107,3	221,9	661,7
1931	307,8	92,6	202,4	602,8
1932	212,7	72,0	146,0	430,7
1933 (I—VI)	84,7	29,2	58,7	172,6
1933 (VII—X)	56,2	20,5	38,8	115,5

und als

Betriebsergebnisse (in Mill. Zl.)

	Verkaufserlöse	Kosten	Brutto-Ergebnisse
1928	703,1	613,3	89,9
1929	857,5	759,8	97,7
1930	674,4	661,7	12,7
1931	637,8	602,8	35,0
1932	436,2	430,7	5,5
1933 (I—VI)	171,6	172,6	— 1,0
1933 (VII—X)	134,5	115,5	19,0

Von diesen Brutto-Erträgen seien zu leisten: 1. Investierungen, Amortisation des Betriebskapitals und Unterhaltung stillgelegter Gruben, 2. Staats- und Kommunalsteuern, 3. Verzinsung und Amortisation der Schulden.

Zu diesen Ergebnissen wird abschließend nur noch bemerkt: Sie seien,

„da sie auf den gleichen Zahlen beruhen wie die Angaben Landaus, ebenso berechtigt wie die Angaben dieses Verfassers. Wir sehen insbesondere den Umbruch der Konjunktur im Jahre 1930, die Katastrophe von 1932 und in der ersten Jahreshälfte 1933 und erhalten schließlich als Ergebnis für die ersten 10 Monate des letzten Jahres — statt des Index' 98 für die Rentabilität 1933 gegenüber 1928, zu dem Landau kommt — ein Fünftel der Brutto-Erträge von 1928. Trotz dieser Verschiedenheit der Ergebnisse liegt zwischen unseren Ergebnissen und den Zahlenergebnissen Landaus keine Differenz vor: für jede Beurteilung der Rentabilität muß man nämlich nicht nur Bedingung (1) Preisekosten 1 berücksichtigen, wie Landau richtig feststellt, sondern auch die Bedingung (2) Erlöskosten M, wobei die Höhe von M (Minimum) von der Größe des Betriebes und seinen spezifischen Bedingungen abhängt. Erst die Zusammenstellung von (1) und (2) ergibt die wahre Rentabilität. Für die Kohlenindustrie war unter den von Landau angesetzten Bedingungen im Jahre 1933 Bedingung (1) erfüllt, Bedingung (2) dagegen weit davon entfernt. Wenn dieselbe Industrie . . . 1928 einen Ertrag von 90 Millionen Złoty lieferte, in den ersten 10 Monaten des Jahres 1933 dagegen nur 18 Millionen Złoty, wird trotz der ganzen Ähnlichkeit der Indexziffern . . . niemand ernsthaft behaupten, daß die Lage dieser Industrie 1933 nicht viel schlechter als im Jahre 1928 gewesen sei."

[„Przegląd Gospodarczy" Nr. 9 (1. 5. 1934), S. 356—358.]

Herausgeber: Prof. Dr. Recke, Danzig. Schriftleiter: Diplomvolkswirt Rudolf Neumann, Danzig.
Druck von Ottomar Steinbach, Danzig.